

Die Delegationen.

Oesterreichische Delegation.

Das Plenum der oesterreichischen Delegation trat gestern nachmittags um 4 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten Scheimen Rotes Haus zu einer Sitzung zusammen, um die zwei Ersatzwahlen für den Heeresauschuß und den Ausschuß für Neußeres vorzunehmen. Der Sitzung wohnten der Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, der Kriegsminister Generaloberst Freiherr v. Stöger-Steiner, der Gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Spixmüller und der Chef der Marineektion des Kriegsministeriums Vizeadmiral v. Holub bei. In Vertretung des Ministers des Neußern Grafen Burián, der zur selben Zeit im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation sein Exposé hielt, waren der Erste Sektionschef des Auswärtigen Amtes Freiherr v. Flotow und Gesandter v. Wiesner erschienen. Die Erledigung der Tagesordnung wurde durch die Vorlesung des sehr umfangreichen Einlaufes erheblich verzögert. In Zuschriften des Kriegsministers wird mitgeteilt, daß an Stelle des verstorbenen FML. R. v. Höfer der GM. Göttlicher zur Erteilung von Aufklärungen ermächtigt ist und daß der Konteradmiral v. Leichgräber, der Linienschiffskapitän Heinrich Huber und der Sektionschef Firit behufs Erteilung von Detailaufklärungen in den Ausschüssen über die wirtschaftliche Gebarung des Kriegsministeriums, Marineektion, für die Jahre 1912 bis 1917 entsendet wurden.

Vom Kriegsministerium ist ferner eine titelweise Darstellung über den etatmäßigen Aufwands der Kriegsmarine in den Kriegsjahren 1914/15—1917/18 eingelangt.

Der Gemeinsame Finanzminister legt das gemeinsame Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918 und die gemeinsamen Rechnungsabschlüsse für die Budgetjahre von 1914—1918 vor. Diese Vorlage wird dem Finanzausschuß zugewiesen.

Eine Deklaration der Polen.

Die Delegierten Daszynski, Dlugosz, Gombinski, German und Letmajer überreichen folgenden Antrag:

„Die polnischen Mitglieder der Delegation erklären feierlich, daß die Gesamtheit der polnischen Reichsrats-Abgeordneten, im vollsten Einklang mit der öffentlichen Meinung und mit dem festen Willen aller Bevölkerungsschichten ihres Landes die am 2. Oktober 1918 im Abgeordnetenhaus durch alle polnischen Parteien abgegebene Erklärung als einzige politische Grundlage für die polnische Nation in der Monarchie, insbesondere Galiziens und des Großherzogtums Teschen anerkennt und sich von diesem Augenblicke an auch für Zugehörige und Bürger des freien, vereinten und unabhängigen polnischen Staates betrachtet, wobei sie sich sowohl auf die weltbekannten Erklärungen des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, wie auch auf ihre Anerkennung durch die Centralmächte berufen.“

Die polnischen Mitglieder der Delegation fordern die u. i. Regierung auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Verwirklichung der Grundsätze des Herrn Präsidenten Wilson führen und in einer klaren Weise das Recht des polnischen Volkes bei der Teilnahme am Weltfriedenskongreß, Durchführung der staatlichen Abgrenzung und Anbahnung der notwendigen wirtschaftlichen Verträge zwischen dem souveränen polnischen Staat und den übrigen Teilen des oesterreichisch-ungarischen Staates zur Geltung kommen lassen.

Wir eruchen, die Delegation möge obige Deklaration zur Kenntnis nehmen.“

Interpellationen.

Die deutschen Delegierten interpellieren den Kriegsminister betreffend die vom Armeegruppenkommandanten G. d. R. Franz Rohr verfügte Verhaftung, Ausweisung und Internierung des Reichsrats-Abgeordneten Universitätsprofessors Dr. Waldner.

Freiherr v. Fuchs interpelliert wegen der Behandlung der Salzburger Schützen, Zahradnik verlangt Auskunft über die Einstellung von Entbehrungen und geplante Musterung der Siebzehnjährigen, ferner über die Entsendung oesterreichisch-ungarischer Truppen an die Westfront, Dr. Gombinski verlangt die Errichtung von gemeinsamen polnisch-oesterreichisch-ungarischen und polnisch-preussischen Liquidationskommissionen und die schnelle Inangriffnahme weiterer aus der Unabhängigkeitserklärung des geeinigten Polen sich ergebenden Maßnahmen. Klossac führt Beschwerde über die Verhinderung des Verkehrs zwischen den Tschechen und Slowaken und eines Plebiszits in der Slowakei durch die ungarische Regierung, Dr. Freikler über die Miskachtung der Bedürfnisse des reisenden Zivilpublikums seitens des Offizierskorps; derselbe Delegierte interpelliert den Kriegsminister über den Ankauf des Hotels Matschakerhof durch das Kriegsministerium. Dr. v. Langenhan interpelliert betreffend die ungleiche Behandlung der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Offiziere hinsichtlich Auszahlung der Gebühren.

Die Haltung der Südslawen und Tschechen zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Die Abgeordneten Dr. Korosec und Genossen überreichen eine Anfrage an die gemeinsame Regierung betreffend die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, in der sie ausführen, die Slowenen und die übrigen Südslawen werden niemals einer Lösung ihre Zustimmung erteilen, welche nicht die Vereinigung aller Teile der Nation der Slowenen, Kroaten und Serben in einen eigenen souveränen Staat mit sich bringt. Da sie in den bisherigen Vertretungskörpern nur noch mitarbeiten, um für den Frieden zu kämpfen sowie um in geeigneter Form die Lösung von den Nachbarn durchzuführen, fragen sie den Minister des Neußern und den Kriegsminister: 1. Ist die ge-

meinsame Regierung bereit, endlich einmal den Weg zum Frieden zu öffnen, indem sie den Vertretern der Nationen, welche sich zu Nationalregierungen konstituieren werden, die Einleitung und die Durchführung der Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen an Vertreter des tschech-slowakischen Staates, die sich als eine selbständige Regierung konstituieren werden, neben den Vertretern der anderen dieses Reich bewohnenden Nationen, und die Rückvergebung der böhmisch-slowakischen Regimenter in ihre Heimat.

(In der Einleitung zu dieser Interpellation wird der Text der vorgestern vom Delegierten Dr. Koerner in der Sitzung des Heeresauschusses abgegebenen Erklärung wiederholt.)

Die Delegierten Freiherr v. Parisch und Miklas legen ihre Delegiertenmandate nieder.

Die Sitzung wird sodann geschlossen. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Heeresauschuß.

Der Heeresauschuß setzte gestern in Gegenwart des Kriegsministers die Debatte über dessen Exposé fort.

Delegierter Dr. Egner bespricht die Rückwirkungen einer möglichen Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn auf die gemeinsame Armee und kritisiert die verschiedene Behandlung der Reserve- und Berufsoffiziere. In diesem Zusammenhang drückt er sein Bedauern über die bezüglichen Interpellationsbeantwortungen durch den Minister für Landesverteidigung FML. Freiherrn von Czapp aus. Der Redner verlangt die Errichtung einer gemischten Kommission bei der Demobilisierung und erucht den Kriegsminister, er möge sich bei der Sachdemobilisierung an die zuständigen Korporationen wenden, denen die Aufgabe der Sachdemobilisierung zu übertragen wäre. Er sei autorisiert, zu erklären, daß alle industriellen Fachvereine bereit sind, sich dem Kriegsministerium zur Verfügung zu halten. Mit interministeriellen Kommissionen sei es nicht getan.

Delegierter Glödel beschäftigt sich zunächst mit dem Militärärztswesen. Er verweist darauf, daß nach mehr als vierjähriger Kriegsbauer man wiederholt in Wien und anderen Orten zahlreichen Ärzten begegne, die es bis heute verstanden haben, auch nicht einen Tag an der Front zu verbringen. Diese Ärzte vermochten nicht nur ihre Privatpraxis zu erhalten, sondern haben auch die Praxis ihrer Kollegen an sich gerissen. Gerade beim ärztlichen Stande werde die größte Protektion geübt und es sei daher notwendig, daß über die Frage des Austausch der Ärzte eine Kommission entscheide. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag. Hinsichtlich der Krankenpflegerinnen wünscht er Aufklärungen über die Verfügungen zu erhalten, die die Kriegsverwaltung getroffen hat, um die rechtliche und materielle Stellung der Militär-Krankenpflegerinnen zu verbessern. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Redner darauf zu sprechen, daß in Wien allein noch immer 134 Schulgebäude für militärische Zwecke besetzt gehalten werden, und zwar nicht nur für Spitäler, sondern auch für Rangleizewecke. Er erinnert an den im Mai dieses Jahres erschienenen Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission, in der darauf verwiesen wird, daß die Militärverwaltung ganz besonders hohe Anforderungen für Bezüge samt Zuschlägen der Stabsoffiziere stelle. Die Zahl der Stabsoffiziere in der oesterreichisch-ungarischen Armee sei wesentlich höher als die in allen anderen Armeen und es komme vor, daß an gewissen Stellen der Chargengrad dem Pflichtenkreis durchaus nicht entspreche.

Redner kritisiert die Verwendung von Stabsoffizieren in untergeordneten Stellungen und die Tätigkeit der militärischen Leiter in den Betrieben.

Er unterbricht sodann mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Stunde über Ersuchen des Vorsitzenden seine Ausführungen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Ungarische Delegation.

Der Auswärtige Ausschuß der ungarischen Delegation hielt gestern nachmittags eine Sitzung. Schon vor Beginn der Sitzung hatten sich nicht nur die ungarischen Delegierten fast vollständig, sondern auch zahlreiche ungarische Abgeordnete eingefunden, die der Delegation nicht angehören, jedoch als Zuhörer der Sitzung beiwohnen konnten.

Präsident Albert v. Berzeviczy begrüßte die Erschienenen und verwies darauf, daß der Auswärtige Ausschuß am 6. Dezember v. J. seine letzte Sitzung gehalten hat. Das damals unterbreitete Exposé des Ministers des Neußern ist durch die seither eingetretenen Weltereignisse vollständig überholt. Heute, da der Ausschuß wieder zusammentritt, muß jedermann empfinden, daß die im Gesetzentwurf 12 vom Jahre 1867 niedergelegten staatsrechtlichen Grundlagen der Delegationsinstitution — nicht infolge unseres Fehlers — stark erschüttert sind.

Vor der Tagesordnung ergriff

Graf Michael Karolshi das Wort und begann mit dem Satz: Begraben komm ich Casarn, nicht ihn preisen. Dieser Satz, sagte er, kann für uns kein verfassungsmäßiges Forum mehr sein, sondern bloß eine Tribüne, von wo wir zu den Völkern der Welt sprechen können. Graf Stephan Burián war zweimal Minister des Neußern während des Weltkrieges und niemals hielt er es für notwendig, die Delegation einzuberufen, nur jetzt, da das ungarische Volk laut seinem Willen verkündet, das vollständig unabhängige, freie und selbständige fordert und von der überlebten Einrichtung der Delegation nichts mehr wissen will. Das ist ein Faustschlag ins Gesicht der ungarischen Nation und die Einladungen zur Delegationsitzung konnten nur in Begleitung einer Parteiausgabe gegeben werden.

Redner will nur einige frappante Anklagepunkte vorbringen bei der jetzigen Gelegenheit, da der Minister des Neußern die Delegationen zum Reichschmarn einberief.

Der serbische Krieg wurde von unserer auswärtigen Regierung provoziert (Widerspruch) mit jenem Ultimatum, das ein auf seine Selbständigkeit eifersüchtig behafteter Staat nicht annehmen durfte. (Widerspruch). Delegierter Vermes: Man hat den Thronfolger ermordet. Unser Ministerium des Auswärtigen hat stets betont, daß die Demarche in Serbien selbständig ohne Wissen Deutschlands vorgenommen wurde. Dadurch sollte der Beweis geliefert werden, daß wir den Krieg nicht im Voraus beabsichtigten, sondern daß wir bloß eine